

Am 2. September 2014 weilte **Pastor Dietmar Linke** zum Vortrag in der Gedenkbibliothek. Der Titel seines Referates entsprach seinem 1993 im BasisDruck Verlag erschienenem Buch:

Streicheln bis der Maulkorb fertig ist – Die DDR-Kirche zwischen Kanzel und Konspiration

In diesem Buch werden neben seiner eigenen Lebensgeschichte weitere 9 Schicksale von Pastorenfamilien im SED-Staat veröffentlicht. Aufschlussreiche Dokumente und zahlreiche Fotos runden dieses empfehlenswerte Buch ab, das als zeithistorisches Panorama speziell die evangelische Kirche und ihre Zusammenarbeit bzw. Konfrontation mit den Systemträgern aufzeichnet. Es erscheint besonders wertvoll, weil die weniger behandelte Zeit der frühen 80er Jahre und damit die Vor-Gorbatschow-Ära in der DDR beschrieben wird. Eine Zeit, in der sich die Intershop-Kultur voll entfaltet hatte, die Buchstaben der SED vom Volk wie Shop, Exquisit und Delikatladen übersetzt wurden und die Einbettung der evangelischen „Kirche in den Sozialismus“ in viel zu vielen Pastorengehirnen zur Verwechslung von christlicher Nächstenliebe mit staatlicher Vollversorgung (und Überwachung) geführt hat.

Der 1944 in Breslau geborene Pastor Linke skizzierte in seinem interessanten Vortrag die Geschichte der evangelischen Kirche im SED-Staat und ging auf seinen Lebensweg ein, der damit eng verwoben ist. Auch die vorhergehende Epoche mit den Meilensteinen der evangelischen Weltanschauung, wie die „Theologische Erklärung“ von Barmen 1934 der „Bekennenden Kirche“, der man sich im August 1945 in Treysa anschloss und das Stuttgarter Schuldbekenntnis vom Oktober 1945 (mit der Einführung der Kollektivschuldthese) vergaß Pastor Linke nicht, denn die Entwicklung der speziellen Verhältnisse nach 1945 sind nicht aus dem geschichtsleeren Raum entstanden. Großes Erstaunen muss das Überlaufen weiterer Teile der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) zur „Bekennenden Kirche“ im August 1945 hervorrufen, das Dietrich Bonhoeffer bedauerlicherweise nicht mehr erleben durfte.

Treffend schreibt Linke dazu in seinem Buch:

„Wieder einmal hatte Kirche sich vereinnahmen lassen für die Interessen staatlicher Macht, hatte ideologische Argumente theologisch gerechtfertigt, war blind und handlungsunfähig geworden, hatte ihren eigenen Auftrag verraten. Wie konnte das Verhältnis der Kirche zum Staat künftig neu geordnet werden?“

Einer relativ kurzen Etappe des ideologiebedingten Gegensatzes zwischen Kirche und (Schurken-) Staat, in der der staatlichen Verfolgung, Reglementierung und Beschneidung Widerstand (z. Bt. von Otto Dibelius) entgegengebracht wurde, folgte in den 70er Jahren die Leitlinie von „Kirche im Sozialismus“.

Die Einmischung des Staates, wie Verhaftung von Predigern, Entfernung von Oberschülern und Lehrern aus den Schulen, wenn sie in der Jungen Gemeinde aktiv waren, Exmatrikulation von Studenten, die der evangelischen Studentengemeinde angehörten, sind nur einige Beispiele der staatlichen Willkürakte, die sich besonders im Bildungssystem auswirkten und gegen die heranwachsende Generation gerichtet waren.

Als Evangelische Kirche in Deutschland pflegte die Kirche Kontakte zwischen Ost und West, gemeinsame Kirchentreffen und Tagungen auf Leitungsebene fanden statt, Partnergemeinden existierten. Mit dem Bau der Mauer wurden neue Tatsachen geschaffen, die diese gesamtdeutschen Treffen unmöglich machten und den Besuchskontakt nur noch einseitig gestalteten.

Eine anschauliche Komponente in Linkes faszinierender Vortragsweise war die Einbettung persönlicher Einzelschicksale in geschichtliche Ereignisse wie beispielsweise die Verfassungsabstimmung 1968, die 20 Studenten aus Berlin, Jena und Greifswald zu Flugblattaktionen veranlasste. Ihr Aufruf zum „Nein“ in der Abstimmung führte bei den drei verurteilten Studenten zu sehr unterschiedlichen

Strafzumessungen, so dass von der Stasi gewollt, untereinander Misstrauen entstand und gegenseitige Verdächtigungen provoziert wurden.

Nach dieser Verfassungsabstimmung kam es im Juni 1969 zur Trennung der ostdeutschen Kirche von der EKD. Der Bund der evangelischen Kirchen in der DDR wurde gegründet, dessen „besondere Gemeinschaft mit den Kirchen in der BRD“ wenigstens noch vertraglich fixiert wurde. Nach Aussage von Pastor Linke ermöglichte dieser Passus der „besonderen Gemeinschaft“ die finanzielle Unterstützung der Ostkirche zu mehr als 50 % in Devisen und sorgte so zumindest teilweise für die Zahlung der Gehälter der Pastoren und die Gebäudeerhaltung durch die Glaubensbrüder im Westen. Zu vermuten ist, dass die damit verbundenen Deviseneinnahmen dem Genossen Staatsratsvorsitzenden Ulbricht sehr zu pass kamen und ihm die für ihn unangenehme Existenz der Kirchen an sich durchaus versüßt haben.

Die letzten 20 Jahre vor dem Mauerfall wurden von Honecker selbst als „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ bezeichnet. In diese Zeit muss die innere Hinwendung vieler evangelischer Kirchenmitglieder und in besonders hohem Maße der Kirchenleitung zum realen Ostblocksozialismus erfolgt sein.

Die Einstellung der 50er Jahre und die Affinität eines Otto Dibelius zu Konrad Adenauer waren fast völlig erloschen. Auffällig war, dass trotzdem Kinder kirchlicher Mitarbeiter weiterhin oftmals nicht zur Jugendweihe gingen und auch nicht Mitglied der FDJ wurden und sich gerade dadurch trotz innerer Sympathie für den Sozialismus in schärfsten Widerspruch zum SED-Regime setzten. Die damit verbundenen Ausgrenzungen blieben nicht aus und wurden in Kauf genommen, sich also berufliche Perspektiven bereits im jugendlichen Alter entschieden.

„Schulen in der DDR hatten die Möglichkeit, in erheblichem Maße die Biographien von Schülern zu beeinflussen und zu verändern.“ (Neumann-Becker)¹ *„Unbestritten ist, dass etwa systemkritischen Schülern, Akademikerkindern oder Schülern, die die Mitgliedschaft in der FDJ verweigerten, der Zugang zum Abitur verwehrt wurde. Anfangs galt dies sogar für den Abschluss der 10. Klasse, der für eine Berufsausbildung nötig war.“* (Hendrik Kranert-Rydzky)¹

Auch der Referent unterlag oben beschriebenem inneren Prozess und ist von einer begrifflichen Position, die der veröffentlichten Propaganda von „Frieden und Sozialismus“ nahe stand, zu konkreten Handlungen im öffentlichen Raum veranlasst worden. Dies erfolgte wohlgerne in einem System, das definitionsgemäß solcherart Handlungen nur von der Staats- und Einheitspartei ausgehend erlaubte. So ist die von ihm im Jahre 1975 initiierte Rettung des alten jüdischen Friedhofs in Meinsdorf, Ort seiner ersten Pfarrei, noch geduldet worden. Aber schon die Unterstützung des bekennenden Sozialisten Stefan Heym 1979 rief Heerscharen von Stasi-Spitzeln auf den Plan und führte zur Rundumüberwachung des Pfarrhauses.

In die Zeit der Raketenbeschlüsse in Ost und West, der Gründung der freien Gewerkschaft „Solidarność“ in Danzig im August 1980 und die Strauß-Milliarden-Kredite von 1983 fallen Pastor Linkes Friedensdekaden, Friedenswerkstätten und –seminare und gipfeln zum Weltfriedenstag am 1.9.1983 in einer Lichterkette zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin.

Trotz Abriegelung schafften immerhin 50 Personen den Durchbruch zur amerikanischen Botschaft, um dort ihre Kerzen zu entzünden. Auch wenn sie 15 Minuten später weggeknüppelt und 5 Personen verhaftet wurden, darunter Pastor Linke und seine Frau, reichte dieser Auftritt für die TV-Aufnahme durch ein ARD-Team, das diesen für die beiden Erichs (Honecker und Mielke) ungeheuerlichen Vorfall bereits eine Stunde später sendete und dem die 5 Verhafteten vermutlich ihre Freilassung nach 4 Stunden verdankten.

Kennern des SED-Regimes ist bekannt, dass der Lohn für derartige Aktivitäten nur Kerker oder Abschiebung sein konnte. Der Bekanntheitsgrad Pastor Linkes führte wohl zu letzterem, noch im gleichen Jahr erfolgte kurz vor Weihnachten 1983 die Ausreise seiner Familie.

Den Zuhörern völlig unverständlich erschien das folgende 3 ½ jährige Berufsverbot im Westen, wodurch sich Pastor Linke zunächst dem Westberliner Sozialamt ausgeliefert sah.

Die Vereinbarung der evangelischen Westkirche, Amtsbrüder aus dem Osten in den ersten zwei Jahren nicht zu übernehmen und wenn, dann erst auf Antrag und Nachfrage bei der Ostkirche, erscheint für Pastoren, die des Landes verwiesen wurden, völlig unangemessen.

Demgegenüber wurden nach 1990 als Zuträger enttarnte Amtsbrüder für 1 ½ Jahre mit Ruhestandsgelalt suspendiert und anschließend mit einer neuen Pfarrstelle versehen.

Wie klug vom Mielke-Ministerium, dass ein einziger Name nicht vom IM als Deckname gewählt werden durfte: IM „Judas“ war tabu. Nicht auszudenken, wenn ein „Judas“ in der neuen Gemeinde das Abendmahl austeilt und die Beichte abnimmt.

Im Vortrag ging Pastor Linke im Wesentlichen auf sein eigenes Schicksal und seine späteren Aktivitäten in Neuenhagen ein. Demgegenüber bemüht sich sein Kapitel im Buch „Kirche unter den Bedingungen der DDR“ um einen allgemeinen zeitgeschichtlichen Abriss, der durch Denken in Begrifflichkeiten geprägt ist und den lutherischen Theologen nicht verleugnet. Für Außenstehende wirken die aufgezeigten gegensätzlichen Alternativen im kirchlichen Handeln zugespitzt, tendenziell extrem. Aber vielleicht gerade dadurch sind konträre Positionen einer stark mit Spitzeln durchzogenen Kirchenleitung einerseits und einer ausgeprägten Protestkultur an gewissen Punkten vor Ort andererseits zu erklären.

Trotz ständiger Zunahme des Militarisierungsdruckes im Innern (wie beispielsweise Wehrkunde und Schießübungen an den Schulen, Studium nur nach 3-jähriger Militärzeit, Einberufung für Frauen im Mobilmachungsfall ab 1982) führte die DDR-Propaganda allseits das Wort vom „Frieden“ im Munde. Diese Diskrepanz provozierte einige Bürger zu tatsächlichen Friedensaktionen oder z.B. dem Tragen des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“, einem Denkmalgeschenk der UdSSR an die UNO, als Aufnäher der kirchlichen Friedensdekaden. Die Kirche stellte durch ihre Friedensdekaden (ab 1980) einen geschützten Raum für freie Meinungsäußerung zur Verfügung, die sonst an keinem anderen Ort im SED-Staat möglich war.

Innerlich waren viele kirchliche Mitarbeiter durch die Hinwendung zum Sozialismus gerechtfertigt, da sie keine bürgerliche Gesellschaft, sondern einen verbesserten Sozialismus anstrebten. Sie entgingen dadurch der Klassifizierung als „Konterrevolutionär“ und Agent fremder Mächte, waren aber als Sozialismusverbesserer für die Machtstellung der SED reines Gift und triggerten den Veränderungsprozess an. Der Protest kam in Deutschland zunächst von den Sozialismusverbesserern und damit von links, ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen in Polen und Ungarn, wo eher nationalreligiöse Komponenten eine Rolle spielten.

Die Leitlinie der evangelischen Kirche von „Kirche im Sozialismus“ suggerierte einen gewissen Handlungsspielraum und vielleicht auch den Wunsch zur Teilhabe an der Macht. Die Umsetzung des vermeintlichen innerkirchlichen Handlungsspielraumes führte jedoch in der Konsequenz zu Aussiedlungen engagierter Pastorenfamilien in den Westen. Der Wunsch zur Teilhabe an der Macht brachte vermutlich die zahlreichen willfähigen Vollstreckungsgehilfen des Systems hervor, vor allem in der bischöflichen und Leitungs-Ebene.

Linke nannte im Vortrag die IM „Gisela“, „Christian“, „Sekretär“ und andere mit ihrem Klarnamen und meinte treffend: „*Um Jesus herum gab es auch immer einen Judas.*“

Leider fand sich in der evangelischen Kirche nicht nur einer. Hingegen gelang es der Stasi, in der katholischen Kirche insgesamt nur ganze drei IM zu platzieren!

Vielleicht hat aber auch das biblische Wort von der gottgewollten Obrigkeit, der man untertan sein müsse, dazu geführt, dass von manchen auch das Spitzelministerium als gottgewollt empfunden wurde.

Im katholischen Bereich hegt man besonders seit dem Kulturkampf der Bismarckära eher die Vorstellung, die Regierung und der Staat mit allen seinen Vorzügen und Fehlern sind ein notwendiges Übel. Hingegen gewinnt man im protestantischen Bereich den Eindruck, dass die Tradition, wonach der Landesfürst gleich **oberster Bischof** war, auch in der Endphase des SED-Staates in gewisser Weise

seine Fortführung fand, wobei **Erich Honecker** unbewusst in die Position des Summus episcopus auf-rückte.

Rose Salzmann

Literatur:

¹ Titelseite des Naumburger Tageblatts vom 13. August 2014: „Verdrängen Lehrer ihre DDR-Zeit“

